

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

**Für eine öffentliche Einheitskrankenkasse im Kanton Genf (Kt.lv.
23.319)**

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Töny, Nic

Bevorzugte Zitierweise

Töny, Nic 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Für eine öffentliche Einheitskrankenkasse im Kanton Genf (Kt.lv. 23.319), 2024 – 2025*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 21.05.2025.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Sozialpolitik	1
Sozialversicherungen	1
Krankenversicherung	1

Abkürzungsverzeichnis

SGK-SR	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates
SGK-NR	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates
CSSS-CE	Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil des Etats
CSSS-CN	Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national

Allgemeine Chronik

Sozialpolitik

Sozialversicherungen

Krankenversicherung

STANDESINITIATIVE
DATUM: 08.10.2024
NIC TÖNY

Ein **Recht für die Kantone, eigene kantonale Einheitskrankenkassen zu schaffen**, forderte der Kanton **Genf** im März 2023 mit einer Standesinitiative. Der kontinuierliche Anstieg der Krankenkassenprämien werde für immer mehr Menschen zu einer unzumutbaren finanziellen Belastung, wobei auch die Staatskasse durch die Prämienverbilligungen zunehmend strapaziert werde. Das Krankenkassensystem der Schweiz, wo private Kassen untereinander im Wettbewerb stehen, sei geprägt von Fehlanreizen: Die Krankenkassen versuchten eher, mit Werbeaktionen Versicherte von einem Kassenwechsel zu überzeugen, als Geld in die Gesundheitsförderung zu investieren. Zudem würden einkommensschwache Versicherte, die sich notgedrungen für eine höhere Franchise und tiefere Prämien entschieden, vergleichsweise selten medizinisches Fachpersonal aufsuchen, um die hohe Franchise nicht zahlen zu müssen. Es sei an der Zeit, das Krankenkassensystem zu reformieren, wobei die Einheitskrankenkasse «die überzeugendste Alternative zum heutigen System» sei. Die SGK-SR entschied sich mit 7 zu 4 Stimmen (1 Enthaltung) dazu, der Standesinitiative keine Folge zu geben. Neben voraussichtlichen Problemen bei der Umsetzung stellte die Kommission infrage, dass die Initiative den gewünschten Effekt habe. Ausserdem halte heute aus rechtlicher Perspektive nichts die Kantone von der Gründung einer Krankenkasse ab.¹

STANDESINITIATIVE
DATUM: 10.12.2024
NIC TÖNY

In der Wintersession 2024 nahm sich die **kleine Kammer** als Erstrat der Standesinitiative des Kantons Genf an, die ein **Recht zur Schaffung von kantonalen Einheitskrankenkassen** forderte. Obwohl die Kommissionsmehrheit Verständnis für das Anliegen des Kantons zeige, glaube sie nicht, «dass die Schaffung von kantonalen Einheitskassen zu substanziellen Einsparungen führen würde», so Mehrheitssprecher Peter Hegglin (mitte, ZG). Im Gegenteil: Durch die Standesinitiative sei eher mit einem Anstieg der Verwaltungskosten zu rechnen, da der Wettbewerb weg falle und die unterschiedlichen Systeme in den Kantonen zu Koordinationsschwierigkeiten führten. Personen, die in einen Kanton mit einer Einheitskrankenkasse zögen, müssten zwangsläufig die Krankenkasse wechseln. Eine Minderheit um Baptiste Hurni (sp, NE) warf der Kommissionsmehrheit vor, Ängste zu schüren. Entgegen den Behauptungen führe die Schaffung einer Einheitskrankenkasse zu einer Vereinfachung, da es innerhalb des Kantons nur noch ein System gäbe, wodurch es umziehende Personen gerade leichter hätten. Die Einführung einer Einheitskrankenkasse sei freiwillig und koste den Bund nichts, biete aber den Kantonen eine Alternative zu einem gescheiterten System, so Hurni. Der Ständerat gab der Standesinitiative jedoch mit 26 zu 14 Stimmen keine Folge.²

STANDESINITIATIVE
DATUM: 21.03.2025
NIC TÖNY

Mitte Januar 2025 hatte sich die SGK-NR mit 17 zu 8 Stimmen dazu entschieden, der Standesinitiative des Kantons Genf, welche eine **Rechtsgrundlage zur Schaffung von kantonalen Einheitskrankenkassen** forderte, keine Folge zu geben. In der Frühjahrssession 2025 begründeten Andreas Glarner (svp, AG) und Benjamin Roduit (mitte, VS) im **Nationalrat** diesen Entscheid damit, dass ein weiterer staatlicher Eingriff «in das bereits hochgradig regulierte Gesundheitswesen» die Prämien kaum senken dürfte. Stattdessen brauche es starke und umfassende Reformen, wie die kürzlich vom Volk angenommene EFAS. Zudem solle zuerst der Bericht zum überwiesenen Postulat Poggia (mcg, GE; Po. 24.3224) abgewartet werden, welches vom Bundesrat eine Analyse der Vor- und Nachteile der Schaffung einer kantonalen Ausgleichskasse verlangte. Eine Minderheit um Valérie Piller Carrard (sp, FR) forderte, der Initiative Folge zu geben: Diese gebe den Kantonen die Freiheit, sich für einen alternativen Weg zum gescheiterten Wettbewerbssystem im Gesundheitswesen zu entscheiden, denn unter dem akuten Prämienanstieg litten nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Kantonsfinanzen. Der Nationalrat gab der Standesinitiative mit 124 zu 64 Stimmen (4 Enthaltungen) keine Folge. Für Folgegeben votierten die geschlossen stimmenden Fraktionen der Grünen und der SP sowie vereinzelte Mitglieder der SVP-Fraktion.³

- 1) Medienmitteilung SGK-SR vom 8.10.24; Proposition de résolution du Grand Conseil genevois; Résolution 1020 du Grand Conseil genevois
2) AB SR, 2024, S. 1173 ff.
3) AB NR, 2025, S. 503 ff.; Medienmitteilung SGK-NR vom 17.1.25